

Parole Morgenratte

Die DDR vollstreckte einen sieben Jahre alten Haftbefehl gegen einen hessischen CDU-Bürgermeister.

Als vielversprechender CDU-Nachwuchsmann pflegte Ernst Hubert von Michaelis Mitte der siebziger Jahre von Bad Hersfeld aus im kleinen Grenzverkehr das deutsch-deutsche Verhältnis.

„Häufig“ war der Ortsvorsitzende der Jungen Union, wie sich sein Vater erinnert, zu Gast in der benachbarten DDR-Stadt Eisenach. Dort habe der Filius, Sproß einer pommerschen Gutsbesitzerfamilie, samt einem Kreis junger Leute „öfter einen hinter die Binde gegossen“.

Zwei der Mitzeher, „die Schwester der Frau seines Vetters“ und deren Freund, hätten dabei irgendwann den Wunsch geäußert, der DDR den Rücken zu kehren. In „Weinlaune“ habe er die Vermittlung von Fluchthilfe avisiert.

Über CDU-Kreise bekam Ernst Hubert von Michaelis, damals 27, Kontakt zu einem Berliner Fluchthelfer. Das dilettantisch gestartete Unternehmen – Parole „Morgenratte“ – platzte am 2. Juli 1977 am DDR-Grenzübergang Helmstedt/Marienborn.

Als Grenzer den Kofferraum des fahrtüchtigen und zuletzt gar abgeschleppten Fluchtwagens öffnen ließen, fanden sie das junge Paar und dessen sechs Monate alten Säugling. Das Kind, zuvor mit einer halben codeinhaltigen Tablette und mit Valium-2-Saft ruhiggestellt, hatte die Strapazen nicht überlebt; es war vermutlich an einem Hitzestau gestorben.

Was 1977 als „schneidige Studentensache“ (Vater Michaelis) geplant war, endete zum Jahresende 1984 mit einer deutsch-deutschen Affäre: Am 14. Dezember wurde der Flucht-Beihelfer, in-



Fluchtfahrzeug*: Kein Pardon für „staatsfeindlichen Menschenhandel“

zwischen zum CDU-Bürgermeister der nordhessischen Residenz- und Kurstadt Arolsen aufgerückt, ausgerechnet am Kontrollpunkt Marienborn von seiner Vergangenheit eingeholt.

Ein DDR-Grenzoffizier winkte von Michaelis, der per Dienstwagen unterwegs war zum vorweihnachtlichen Kantatenkonzert eines Arolser Gymnasialchors in West-Berlin, an der Transit-Abfertigungshalle aus der Schlange – „zur Klärung eines Sachverhalts“, wie es hieß. Nach siebenstündiger Wartezeit „in einer vergitterten Bude“ wurden die Mitfahrer, die Ehefrau und ein weiteres Ehepaar, höflich „mit Türaufhalten und allem“ (Gudrun von Michaelis) verabschiedet. Der Gatte blieb in Haft.

Eine knappe Woche lang ließ sich die Nachricht von der Sistierung des CDU-Politikers unter der Decke halten. Kurz vor Heiligabend machte die DDR-Nachrichtenagentur ADN dann den Haftgrund öffentlich: Gegen von Michaelis sei ein Haftbefehl vollstreckt worden, „da er 1977 maßgeblich an der Organisation einer subversiven Aktion einer von Westberlin aus operierenden kriminellen Bande beteiligt war“ – DDR-übliche Umschreibung für einen Verstoß gegen den dortigen Strafrechtsparagrafen 105, „Staatsfeindlicher Menschenhandel“ (siehe Kasten Seite 24).

Die Festnahme, sieben Jahre nach der Tat, ist selbst für DDR-Verhältnisse nicht alltäglich. In ähnlich gelagerten Fällen, wissen West-Berliner Fachleute, wird Betroffenen gewöhnlich nur die Benutzung der Transitwege verwehrt.

Dennoch machte der überraschende Zugriff aus DDR-Sicht in mehrfacher Hinsicht Sinn: Der eigenen Bevölkerung, die ohnehin durch westliche Fernsehbilder über die in der Prager Bot-

schaft Zuflucht suchenden Landsleute aufgeheizt ist, konnten die DDR-Staatsorgane abermals signalisieren, daß sich illegales Verlassen des zweiten deutschen Staates schon wegen der Fluchtrisiken nicht auszahlt. Und nach außen demonstrieren die DDR-Strafverfolger, daß sie bei Deliktfällen wie „kommerzieller Fluchthilfe“, die sie als besonders schwerwiegend ansehen, kein Pardon geben.

Schon einmal, einen Monat nach dem Flucht-Unfall, hatte die DDR-Justiz den Vorgang publizitätsträchtig aufgerollt. Der Fahrer des verkehrsuntüchtigen Flucht-Opels, der damals arbeitslose Fixer Ingolf Schieke, kassierte acht Jahre Freiheitsstrafe. Ein Vierteljahr später wurden die Kindeseltern, der Schlosser Frank Rödel und die Betriebswirtin Ute Holzauer, zu je fünf Jahren Haft verurteilt.

Darüber hinaus hatte der DDR-Chefankläger der West-Berliner Justiz „Beweismaterial“ zukommen lassen, das im Februar 1979 schließlich vor dem Kammergericht zu einem Verfahren wegen fahrlässiger Tötung gegen den Gastwirt Jürgen Steinhäuser, CDU-Mitglied und Flucht-Organisator, führte.

In der zweitägigen Verhandlung hatte der West-Gutachter den Todeszeitpunkt des Babys nicht sicher feststellen können. Weil das Gericht überdies dem Fluchthelfer nicht alle „Eigenheiten des Geschehensablaufes“ als „pflichtwidriges Unterlassen“ zur Last legen wollte, wurde er vom Tötungsvorwurf freigesprochen. Nicht ohne Bedenken offenbar: „Dem Angeklagten sei jedoch gesagt“, heißt es im Urteil, „daß dieser Freispruch auf der Lückenhaftigkeit der vorhandenen Beweismittel beruht.“

Im Verfahren hatte von Michaelis als Zeuge bekundet, den Fluchtwunsch der DDR-Leute an den Fluchthelfer heran-



Fluchthilfe-Vermittler von Michaelis
Von der Vergangenheit eingeholt

* Flüchtlingsversteck im Kofferraum eines Autos.

getragen zu haben. Spätestens 1980, als die von Bonn freigekauften schwer getroffenen Kindeseltern vorübergehend bei ihm Aufnahme fanden, wußte von Michaelis, daß seine Rolle den DDR-Behörden bekannt ist. Der Gast damals zum Gastgeber: „Wir haben euch natürlich angegeben.“

Vater Michaelis hatte den Sohn denn auch vor der Transitfahrt „gewarnt“. Dessen Antwort: „Ich habe mich erkundigt, die Sache ist lange abgeschlossen. Die Leute sind raus, und an mir ist kein Interesse mehr.“

LANDWIRTSCHAFT

Schwere Zeiten

Bauernminister Ignaz Kiechle droht 1985 noch größeres Ungemach als im Vorjahr: Seine Klientel steht vor weiteren Einkommensverlusten.

Lange schon blickt Ignaz Kiechle nicht mehr so fröhlich in die Welt wie in jenen Frühjahrswochen des Jahres 1983, als er ganz unverhofft aus der grauen Schar namenloser Unionsabgeordneter zum Bonner Landwirtschaftsminister aufgestiegen war. Je aufreibender sich die EG-Ministerratssitzungen gestalteten, je turbulenter seine Auftritte bei der bäuerlichen Basis abliefen, um so seltener verzog sich das rundliche Gesicht des Manns aus Reinharts bei Kempten noch mal zu einem Lachen.

Der Bayer, in Helmut Kohls Kabinett der Angepaßten so etwas wie eine Persönlichkeit, mußte erfahren, wie schnell in Bonn auch gestandene Mannsbilder vom Politbetrieb aufgerieben werden.

Er hat es wohl neben Norbert Blüm, dem Arbeits- und Sozialminister, am schwersten im liberal-konservativen Regierungsteam. Blüm, immerhin, hat die schlimmsten Grausamkeiten, die mit den Etatkürzungen an Rentnern oder Arbeitslosen zu verüben waren, bereits hinter sich. Kiechle, 54, steht das Schlimmste wohl noch bevor.

Die Arbeit ist für den Allgäuer vor allem deshalb so ungemütlich, weil er sich mit Leuten anlegen muß, die zu den treuesten Unionswählern zählen. Daheim in Bayern blieben bei der Europawahl im Juni schon viele Landwirte den Wahlurnen fern; etliche liefen zu den Grünen über. Franz Josef Strauß grollte vernehmlich.

Ignaz Kiechle kann den Schaden für seine Klientel nur in Grenzen halten; verhindern läßt sich nicht, daß der Bauernstand nun etwas knapper gehalten wird.

Vorgänger Josef Ertl und seine Kollegen aus den anderen europäischen Hauptstädten versäumten über viele Jahre hinweg, das marktwirtschaftsferne Brüsseler Agrarsystem zu reformieren. Es war ja auch so schön: Egal, wieviel Europas Bauern anboten – die EG nahm



Kiechle auf einer Bauernversammlung: Das Landvolk fühlt sich verschaukelt

alles zu garantierten und einigermaßen auskömmlichen Preisen ab. Eine gewaltige, nun nicht mehr bezahlbare Überproduktion war die Folge.

1984 ging in Brüssel endgültig das Geld aus. Mit Kiechles Zustimmung beschloß die EG daher im Frühjahr, wenigstens den Milchstrom einzudämmen. Brüssel nimmt seither nicht mehr jeden Liter ab; die Landwirte bekommen Produktionsquoten zugeteilt. Verständnis für diese Entscheidung fand der Bauernminister kaum irgendwo auf dem Lande. Der CSU-Mann, selbst lange Zeit als Milchbauer tätig, gilt nun als Bauernfeind.

Noch größeres Ungemach droht Kiechle zu Beginn des neuen Jahres, wenn ein weiterer Brüsseler Beschluß wirksam wird. Es sinkt dann der sogenannte Grenzausgleich, mit dem die deutschen Agrarpreise bisher über dem EG-Niveau gehalten wurden.

Natürlich hat Kiechle alles getan, um den Landwirten für diesen Verlust eine Entschädigung zu verschaffen. Finanzminister Gerhard Stoltenberg spendierte über die Erhöhung der sogenannten Vorsteuerpauschale* jährlich rund drei Milliarden Mark. Doch dieser üppige Ausgleich hat zwei Webfehler, die Kiechle durchaus hätte verhindern können. Zum einen: Die zusätzlichen Einnahmen sind um so höher, je mehr ein Bauer umsetzt. Die Großagrarier werden also bestens bedient, das kleine Landvolk fühlt sich zu Recht verschaukelt.

Zum anderen: Die Ausgleichszahlungen können die Bauern schon seit Mitte vergangenen Jahres einstreichen; die Korrektur am Grenzausgleich, die den Landwirten fünf Prozent niedrigere Prei-

se beschert, wird aber erst zum 1. Januar 1985 wirksam. Viele Bauern werden dann längst vergessen haben, daß sie für die niedrigeren Preise von Kiechle und Stoltenberg längst entschädigt wurden.

Den nächsten Krach kann der Bauernminister dann fürs Frühjahr fest einplanen. Im April werden in Brüssel die neuen Agrarpreise ausgehandelt. Zumindest aber für die Milchbauern ist dieses Jahr eine Einkommenserhöhung so gut wie ausgeschlossen. Ignaz Kiechle hat das Gegenteil versprochen. Wenn erst einmal die Milchmenge begrenzt sei, dann könne wieder über höhere Preise geredet werden, hatte er verheißen.

Doch daran ist jetzt gar nicht zu denken. Noch immer liefern Europas Kühe mehr Milch, als zu verkaufen ist. Preiserhöhungen würden den Milchüberfluß nur noch verstärken. Deshalb beschloßen Europas Agrarminister auch, die Milchproduktion 1985 noch mehr herunterzudrücken.

Wie Kiechle bei dieser Sachlage spürbare Einkommensverbesserungen für die deutschen Landwirte in Brüssel herausholen will, bleibt sein Geheimnis.

Höhere Preise aber erwarten die Bauern von ihm, droht Unionskollege Karl Eigen, schleswig-holsteinischer Bauernverbandspräsident: „Kiechle muß seine These beweisen, daß die Quotenregelung bei der Milch und der Wegfall des Grenzausgleichs wieder Preisspielräume schaffen. Sonst taugt er als Landwirtschaftsminister nichts.“

Zusätzliche Schwierigkeiten bekommt Kiechle 1985 mit den Getreidebauern. Weil zuviel Getreide auf Europas Äckern wächst, zogen die EG-Agrarminister im vorigen April eine sogenannte Garantieschwelle ein. Das bedeutet: Für jede Million Tonnen Getreide, die Europas Bauern 1984 über die Menge von 121

* Die Bauern belasten ihre Produkte mit 13 Prozent (früher acht) Mehrwertsteuer, die sie nicht beim Finanzamt abliefern müssen.